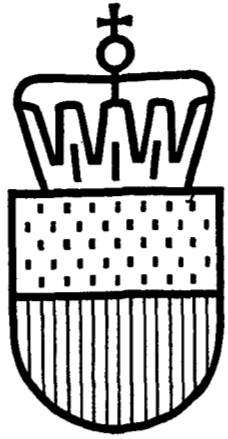


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz, Altenbachstrasse, Tel. (075) 2 21 43, postcheckkonto IX 2988 St. Gallen. Redaktion: Vaduz, Commerzhaus, Telefon (075) 2 13 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan, Liechtenstein



Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 10 Rp. 25 Rp.
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 12 Rp. 27 Rp.
Schweiz 13 Rp. 29 Rp.
Uebrigtes Ausland 15 Rp. 33 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 21 43. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG. St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

AZ Vaduz - Mittwoch, 13. Februar 1963

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

97. Jahrgang — Nr. 24

Diesmal war es nicht der Prügelknabe Landwirtschaft

Gedanken am Rande der Berliner «Grünen Woche»

F. Mit besonderen Erwartungen trat man dieses Jahr die Reise an die Berliner «Grüne Woche» an. Vor zwei Jahren stellte sich die Ausstellung so vor: «Grüne Woche Berlin — jetzt international». Heute ist der internationale Charakter dieser Landwirtschafts- und Verbrauchermesse rund um den Berliner Funkturm eine Selbstverständlichkeit. Mit sehr unterschiedlichen propagandistischen Mitteln wird hier angeboten, was der Boden Europas und fremder Erdteile an Kostbarkeiten der menschlichen Ernährung hervorbringt. In einer der 15 Hallen, die mehr als 50.000 m² überdecken, stellte sich diesmal Brasilien dem Besucher vor. Doch der Kampf um den deutschen Verbrauchermärkte ist nicht das einzige, was den Anreiz der «Grünen Woche» ausmacht. Wer sich am Eröffnungstag seinen Weg zum Ausstellungsgelände durch den echt nordischen Schneesturm bahnte, war einfach überrascht, in der grossen Blumenhalle dem schönsten Frühling, seinen Narzissen, blühenden Sträuchern, grünem Rasen und dem Ruf der Amsel entgegenzutreten. Die Blumenhalle für sich allein lohnte die Reise nach Berlin. Auch der Holländer zeigte wieder, dass er mit Blumen umzugehen weiss, und der Berliner, von Mauern und Stacheldraht umgeben, muss auch ihm dafür recht dankbar gewesen sein.

Die eingangs erwähnten besonderen Erwartungen beziehen sich aber weniger auf die Ausstellung an sich, obschon an der «Grünen Woche» die Möglichkeiten der Verbesserungen im landwirtschaftlichen Betrieb jeweils besonders interessant dargestellt werden. Nein, mit ihnen ist die wirtschafts- und agrarpolitische Lage Europas und die «Begleitmusik» gemeint,

mit der die Veranstaltung jeweils über die Bühne geht. Der Auftakt dazu war schon ungewöhnlich genug: Der «dernier cri de Paris», der den Engländern im Brüsseler Konferenzzimmer der EWG die Leuchtschrift «Ausgang» sichtbar werden liess. Ganz ungewöhnlich war auch der in seiner Argumentation kühne, meisterhafte Vortrag des französischen Landwirtschaftsminister Edgar Pisani in der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft am Vorabend der Eröffnung. Was Spannung wirklich ist, bewies eine ausgesuchte Hörerschaft, die sich nicht so sehr um die Festsetzung des Weizenpreises in der EWG, dafür umso mehr für eine plausible Begründung der neuen Einstellung Frankreichs zu England durch jenen Mann interessierte, der von sich weiss und sagte, dass er am Zustandekommen einer gemeinsamen europ. Agrarpolitik entscheidend mitbeteiligt ist. Diese Politik sei übrigens keine diabolische Erfindung, sagte er, und auch keine Herausforderung der übrigen Welt. Seiner «historisch» begründeten Ablehnung einer Aufnahme Englands in die EWG kann man folgen oder nicht: «Als wir den Römer Vertrag ausarbeiten begannen, wollte England nicht, im Gegenteil, es bekämpfte uns. Als der Vertrag und damit die EWG Wirklichkeit wurden, wollten plötzlich auch die Engländer; aber mit Vorbehalt. Jetzt will aber Frankreich nicht mehr, es sei denn, dass die Engländer alle Risiken ohne Ausnahme akzeptieren, die sich durch den Einstieg in unser Boot ergeben». Zum Höhepunkt seines Vortrags gelangte der französische Landwirtschaftsminister mit der Feststellung, dass eine völlig neue politische Aera der Landwirtschaft begonnen habe. Es sei nun nicht mehr möglich, die Innen- und Aussenpolitik ohne die Landwirte zu gestalten. Im Gegenteil, die Belange der landwirtschaftlichen Erzeugung und des Agrarmarktes würden in der Zukunft die Gesamtpolitik in Europa zunehmend stärker bedingen und gestalten. Das wollte der Redner als geschichtliches Novum aufgefasst wissen . . .

An Spannung und ein wenig Sensation mangelte es also am Vorabend der Eröffnung dieser «Grünen Woche» nicht. Denn im Gegensatz zu seinem französischen Kollegen hatte sich der deutsche Landwirtschaftsminister, Werner Schwarz, für den baldigen Beitritt Englands

zur EWG bereits ausgesprochen. Obschon damit der deutsche Weizenpreis noch mehr gefährdet würde, wäre in England ein Partner gefunden, der den deutschen Standpunkt zur Finanzierung der Agrarpolitik unterstützte. Mehr durch Zufall wurde aber gleichzeitig bekannt, dass der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Edmund Rehwinkel, bereits den Standpunkt General de Gaulles eingenommen hatte. Wer sollte jetzt noch klug werden?

An der feierlichen Eröffnung durch den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland und früheren Landwirtschaftsminister Lübke wurde noch einmal klar, was Berlin und die Freiheit bedeuten: Die «Grüne Woche» Berlin 1963 war ein erneuter eindringlicher Appell an jeden einzelnen, ob Minister, Botschafter, Attaché, Vertreter einer internationalen Organisation, des landwirtschaftlichen Berufsstandes, eine Mahnung an die Menschen zu Stadt und Land, die wirtschaftliche und politische Lage des freien Europas nicht zu verkennen, der Landwirtschaft Europas den Platz zuzugestehen, auf den sie wirtschaftlich und sozial Anspruch erhebt und dem Zusammenrücken der Völker Europas (nicht nur des Kontinents) die Bahn zu öffnen. Sie war eine Mahnung an die Bauern Deutschlands und auch der übrigen Länder, sich nicht den Pessimisten zu verschreiben und

Tribüne
DER FREIEN MEINUNG

Taten zählen mehr als Worte . . .

Der Beschluss der Regierung, der Bauarbeiterschaft einen Beitrag von Fr. 150 000.— als Lohn-Ersatz zu verschaffen, ist in Kreisen der Bauarbeiter mit Genugtuung aufgenommen worden. Dadurch wird die angespannte Finanzlage in mancher Arbeiterfamilie beseitigt. Diese spontane und rasche Hilfe seitens der Behörden kann nur anerkannt werden.

Ein Bauarbeiter

zur Gestaltung ihrer Zukunft weiterhin selbst Hand anzulegen.

Inzwischen sind in Brüssel die Würfel um die Erweiterung der EWG gefallen, wenigstens für den Augenblick. Die Bauern nehmen zur Kenntnis, dass es letztlich also doch nicht der Prügelknabe «Agrarpolitik» zu sein scheint, der für diesen negativen Ausgang verantwortlich ist . . .

Wie der Mensch auf große Kälte reagiert?

«Temperaturen bis minus 18 Grad . . .»

(WPA) Ein bitterkalter Winter hat längst seinen Einzug gehalten, selbst in südlichen Regionen liegt eine seit Jahrzehnten nie mehr gesehene Schneedecke auf den Strassen. Und wiederum taucht vielerorts die Frage auf: Wie gefährlich ist die Kälte für den menschlichen Organismus, vor allem für die Blutgefäße und das Herz? Zweifellos ist die Zahl der leichten und schweren Erkrankungen angewachsen, doch ist — glücklicherweise — eine Grippe-Epidemie bis heute ausgeblieben. In Westdeutschland, beispielsweise, hat das trockene, kühle Hochdruckwetter zu einer leichten Verringerung der sonst auftretenden Infektionen der Atemwege geführt. Viele Menschen ziehen ohnehin extreme Temperaturen bei stabiler Wetterlage dem häufigen Wechsel von Kalt- und Warmfronten vor und wer hätte nicht gemerkt, wie schnell man sich an tiefe Temperaturen gewöhnt oder es geradezu «warm» findet, wenn die Quecksilbersäule an einem Tag nur noch vier oder fünf Grad unter Null anzeigt!

«Kälte macht Hunger» pflegt man zu sagen, und das stimmt insofern, als sich die Kälte auf den Kalorienverbrauch auswirkt. Im Hinblick auf die

Wärmeabgabe durch die Haut und mit der eingeatmeten kühlen Luft müssen die Verbrennungsvorgänge im Organismus intensiviert werden — man muß entsprechend «heizen». Ein gar nicht geeignetes «Heizmaterial» stellt der Alkohol dar und wenn man nach einem kräftigen Schluck auch das Gefühl hat, unsere Eingeweide würden warm. Der Alkohol hat den Nachteil, daß er die peripheren Blutgefäße erweitert und ebenso die Wärmeabgabe wie den Wärmeverlust zu fördern imstande ist. Ein krasses Beispiel liefert der Betrunkene, dem der Heimweg zu lang wird, sich auf eine Bank in einem Park hinlegt, einschläft und — erfriert.

Herz- und Kreislaufkranke sollten den tiefen Temperaturen besondere Beachtung schenken, und zwar deshalb, weil die Kräfte sie zu stärkeren Bewegungen ermuntern, diese dem Körper aber abgeforderte Mehrleistung zu Kurzatmigkeit führt. Das rasche und kurze Atmen jedoch schafft nicht nur mehr Sauerstoff, es kühlt auch die Hinterwand des Herzens ab, was wiederum zu neuen Belastungen dieses Organs führt.

Wer «bis auf die Knochen» durchgefroren ist, unterliegt gerne der Versuchung, zu turnen oder sich auf

Neuerungen im Strassenverkehrsgesetz

19 Befahren von Tunneln

In Tunneln ist das Überholen von Motorwagen, das Rückwärtsfahren und das Wenden untersagt. Man darf nur in Notfällen halten; der Motor ist unverzüglich abzustellen.

Kälte und Energiewirtschaft

Bei allen Planungen muss auch mit aussergewöhnlichen Witterungsverhältnissen gerechnet werden

Neben vielem sonstigem Unerfreulichen hat die gegenwärtige Kältekatastrophe auch eine harte Lehre für Wirtschaftler und Wirtschaftspolitiker vieler Länder gebracht: dass es nämlich bei allen Überlegungen und Planungen über energiewirtschaftliche Ausbauprogramme nicht genügt, von durchschnittlichen Zuwachsraten für Erzeugung und Verbrauch auszugehen, die sich bisher während eines längeren Zeitraumes ergeben haben, und dann auszurechnen, wie hoch der Bedarf im Jahre X sein wird, sondern dass man auch mit der Möglichkeit rechnen muss, es könnte dem Apostel Petrus einmal einfallen, durch alle derartigen Berechnungen einen dicken Strich zu machen, plötzlich sprunghafte Bedarfssteigerungen hervorgerufen und dadurch einen ausgesprochenen Notstand auf verschiedenen Gebieten zu erzeugen. Ähnliches gilt auch für das Verkehrswesen. Es hat keinen Sinn, deshalb gegen jemand Vorwürfe zu erheben, denn es handelt sich eben um Tatsachen, die nicht vorauszu-sehen waren. Ein derartiges Beispiel gab im vorigen Jahr die Hamburger Flutkatastrophe, die dadurch entstand, dass in einer etwa 100 km vom Meere entfernten Stadt infolge eines tagelang anhaltenden Sturmes der Wasserstand

eine Höhe erreichte, die bisher noch nie verzeichnet worden war. Es ist klar, dass jetzt infolge des Zusammentreffens von zwei ungewöhnlichen Umständen, nämlich einer ausserordentlich langen Trockenheit im Herbst und eines besonders früh einsetzenden strengen und langen Winters, Schwierigkeiten in der Energieversorgung auftreten mussten, mit denen in einem solchen Ausmass niemand gerechnet hat und mit denen aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Kritiker nicht gerechnet hätten, wenn sie an verantwortlicher Stelle gestanden wären. Andererseits ist es aber unbestreitbar, dass bei der Abschätzung des Energiebedarfes und bei Festlegung der Energiepolitik künftighin auch Ausnahmeverhältnisse ins Kalkül gezogen werden müssen.

Lehrreich ist in diesem Zusammenhange auch ein Blick auf andere europäische Länder. In Westdeutschland wurde die Versorgung mit Strom und Gas bisher überhaupt nicht beeinträchtigt, weil im vergangenen Jahr in der Energiewirtschaft immer etwas grössere Kapazitäten geschaffen wurden, als es der Verbrauchszunahme entsprochen hätte. Nun zahlt es sich aus, dass heute freie Spitzenkapazitäten vorhanden sind. Die Stromerzeugung lag im Januar um 12% höher als im gleichen Vorjahresmonat, und den deutschen Kohlenkraftwerken war es sogar möglich, der Schweiz Strom zu liefern. Anders aber steht es mit der Heizölversorgung, die empfindliche Engpässe aufweist. Das hängt mit dem schnellen

Uebergang von der Kohle zur Ölheizung zusammen, der es mit sich brachte, dass viele Oeltanks nicht für den ganzen Winter ausreichen, vor allem deshalb nicht, weil der Bedarf infolge der starken Kälte um 50—75% zugenommen hat. Der Nachschub wird aber ebenfalls durch das Wetter sehr erschwert, denn die Wasserwege, auf denen über ein Drittel des benötigten Heizöls transportiert wird, sind zugefroren. Am günstigsten ist die Versorgungslage in Norddeutschland infolge der Nähe des Meeres und in Süddeutschland dort, wo die Agip auf Grund ihrer Verbindungen mit Italien die Nachfrage im allgemeinen befriedigen konnte. Im übrigen muss die Deutsche Bundesbahn die Transportlücken schliessen, was ihr auch bisher möglich gewesen ist. Sie hat nämlich in den letzten Jahren systematisch Güterwagenreserven geschaffen und ihre Transportleistungen für Öl und Kohle bei Versorgung der Verbrauchszentren verdreifacht und vervierfacht. Daraus ergibt sich auch ein Fingerzeig für Oesterreich, nämlich die Schlussfolgerung, wie sehr die ÖBB im Recht sind, wenn sie immer wieder die Notwendigkeit einer ausreichenden Vergrößerung ihres Fahrparkes betonen. In Westdeutschland sucht man die Brennstoffversorgung dadurch zu erleichtern, dass für den Transport flüssiger und fester Brennstoffe auf Schiene und Strasse Steuererleichterungen gewährt werden, sowie durch ein Abkommen, wonach die Raffinerien aus den Mitteldestillaten mehr Heizöl statt

Diesöl gewinnen können, ohne dabei steuerlich benachteiligt zu werden.

In einer besonders ungünstigen Lage befindet sich Ostdeutschland. Dieses Gebiet hat zwar grosse Braunkohlenvorkommen, aber nur sehr wenig Steinkohle; um so anerkennenswerter ist es, wenn die Verpflichtungen zur Lieferung von Braunkohle nach Oesterreich bisher klaglos erfüllt wurden. Der Mangel an Steinkohle und infolgedessen auch an Gas und Elektrizität hatte zur Folge, dass ganze Industriezweige stillgelegt werden mussten. Für Schaufensterbeleuchtung und Lichtreklame gibt es keinen Strom, Theater und Kinos wurden zum grössten Teil geschlossen, die Strassenbeleuchtung funktioniert nur in sehr stark eingeschränkter Masse, zahlreiche Züge wurden eingestellt, Hausbrandkohle ist ausserordentlich knapp, die Arbeiter der stillgelegten Betriebe werden zum Einsatz im Bergbau, der Energiewirtschaft, im Transportwesen und in der Wasserwirtschaft zwangsverpflichtet. Wenn hier der Notstand in besonders krasser Form fühlbar wird, so liegt das ausser am naturbedingten Mangel an Steinkohle und dem Fehlen von Reserven auch an den Schwächen einer allzuweit getriebenen Planwirtschaft, die keine Steinkohleneinfuhren aus Polen und Westdeutschland gestattet, weil dadurch die im Interesse des Industriebaues und der Versorgung mit Investitionsgütern erforderliche Einfuhrplanung gestört würde.

(Wiener Börsen-Kurier)